

# Liechtensteiner Volksblatt

**Bezugspreise:** Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährig Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

**Organ für amtliche Rundmachungen**

**Anzeigenpreise:** die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame  
Inland 8 Rp. 21 Rp.  
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.  
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.  
Ausland 13 Rp. 29 Rp.



**Anzeigenannahme für das Inland:**  
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43  
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:  
Schweizer Annoncen A.-G.  
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

## Fragen, die auch uns interessieren

Die Fragen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der damit im Zusammenhang stehenden Freihandelszone beschäftigen nicht nur die Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker, sondern mit den damit im Zusammenhang stehenden Problemen befassen sich weit größere Kreise. Das Interesse ist umfassend und somit reissen auch die Diskussionen nicht ab. — Bereits vor einigen Monaten hatten auch wir Gelegenheit, einen anerkannten Kenner dieser Materie zu hören, und zwar Herrn Dr. Herbert Kleinschmidt, der im Waldhotel über Veranlassung der Liecht. Industriekammer über dieses Thema einen vielbeachteten Vortrag hielt. Die zahlreichen Besucher jenes hochinteressanten Vortrages werden sich noch erinnern, wie kritisch sich der Referent damals zu diesen Fragen äusserte. Es war zwar eine durchaus konstruktive Kritik, doch liess sie keinen Zweifel darüber offen, welche Schwierigkeiten das Ganze in der Gegenwart und vor allem in der Zukunft zu überwinden haben wird.

Dr. Herbert Kleinschmidt befaßte sich damals auch mit der daraus entstehenden Lage für die Schweiz, mit welcher unser Land ein Wirtschaftsgebiet darstellt, sodaß diese speziellen Ausführungen auch unser besonderes Interesse fanden. Allen Hörern jenes Vortrages dürfte das Gesagte noch in lebendiger Erinnerung sein.

Unter dieser Voraussetzung, wird nun der nachstehend veröffentlichte Artikel des bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Röpke interessant sein, und zwar besonders deshalb, weil er in allen grundlegenden Fragen des Problems mit dem genannten Referenten einig geht. Dadurch erhalten die Ausführungen von Herrn Dr. Herbert Kleinschmidt vom vergangenen Frühjahr noch besonderes Gewicht.

Im weiteren geben wir einer Stimme aus Bonn Raum, die eine spezielle Frage des Gesamtproblems behandelt, bzw. streift.

Mit der Veröffentlichung dieser Stimmen stellen wir uns zwar in Gegensatz zu jenen, die die Meinung vertreten, daß für uns diese Diskussionen deshalb keinen Wert haben, weil wir ohnehin keinen Einfluß auf den Gang der Dinge nehmen können. Unseres Erachtens müssen wir uns aber gerade deshalb mit den Dingen befassen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft bereits Gestalt angenommen hat und daß ihre Auswirkungen auch für uns mehr oder weniger große Folgen haben könnten, bzw. werden. Es wäre daher falsch, wenn wir uns mit diesen Fragen, die auch in der Schweiz als sehr aktuell behandelt werden, nicht näher befassen würden; auch wenn wir uns vorläufig nur in der Rolle des Beobachters zu befinden meinen.

### Integration nach unten

In einer fundamentalen Studie setzt sich der bekannte Vertreter eines wirtschaftsliberalen Humanismus, Prof. Dr. Wilhelm Röpke (Genf), mit beziehungender Sachkenntnis und Logik in der ihm eigenen scharf kritischen Formulierung mit dem Problemkreis Gemeinsamer Markt und Freihandelszone auseinander. Die tiefeschürfenden Ueberlegungen als Warnung vor einem verhängnisvollen Experiment planwirtschaftlicher Tendenzen einer europäischen Blockbildung sind kürzlich in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft in einem gewichtigen Heft in der Form von 28 Thesen als Richtpunkt veröffentlicht worden.

Röpke beginnt mit der Feststellung, daß der Gemeinsame Markt der sechs Länder Benelux, Deutschland, Frankreich und Italien mit ihrer supranationalen Blockbildung, wenn die Ergänzung durch die Freihandelszone nicht rechtzeitig gelingt, aus einem Mittel der Integration zu einem solchen der Spaltung, der Desintegration wird: «Aus Mörtel wird Dynamit». Der seit

zehn Jahren erfolgreiche Weg der europäischen Zusammenarbeit, der mit der OECE und ihren Aktionen der Europäischen Zahlungsunion und der Liberalisierung beschritten wurde, ist durch ein übereifriges Vorpressen einer Sondergruppe der OECE-Länder in eine beunruhigende Krise geraten.

Der Verfasser weist in längeren Ausführungen nach, wie der planwirtschaftlich-inflationäre Kurs einer politisch irreführenden Wirtschaftsführung des geringsten Widerstandes einzelner Länder in eine Sackgasse geraten ist, aus der nun, weit über den Kreis ideologisch-politisch gebundener Sozialisten, das Heil in einer planwirtschaftlichen Lösung gesucht wird in der Richtung auf einen europäischen Dirigismus. Der davon nicht zu trennende Zentralismus, Uniformismus und Bürokratismus widerspricht aber dem innersten Wesen Europas.

Prof. Röpke anerkennt und bejaht grundsätzlich die seit 1945 unternommenen Bemühungen um die europäische Wirtschaftsintegration, bezeichnet aber als Kernlösung eine zwar in Europa beginnende, aber die Ueberführung in eine universelle, weltwirtschaftliche Integration nicht ausschließende, ja sie sogar vorbereitende regionale Koordination. Andererseits sei in keiner Weise an eine einheitliche Wirtschaftsordnung, eine vollkommene Wirtschafts- und Währungseinheit zu denken. Denn das würde die völlige politische Verschmelzung der betreffenden Länder mitsamt ihren nationalen Systemen der Währung, des Kreditwesens, der öffentlichen Finanzen, der Sozialdienste, der Wirtschaftspolitik, der landwirtschaftlichen Ordnung und allem anderen bedeuten.

Daß «Großraumwirtschaft» und Volkswohlstand keineswegs einander bedingen, widerlegt Röpke mit dem Beispiel der Schweiz, die als eines der kleinsten Länder der Welt zugleich eines der reichsten ist. Die wirtschaftliche Verschmelzung von Ländern mit starker Heterogenität der Wirtschaftsverfassung, solche, die sich weit auf die Aeste des Dirigismus und der Inflation hinausgelassen haben, und andere, denen es einigermaßen gelungen ist, Marktwirtschaft und monetäre Disziplin miteinander zu verbinden, führt nach Erfahrung und gesundem Menschenverstand auf der Linie des geringsten politisch-sozialen Widerstandes zu einer Verbreiterung von Dirigismus mit weicher Währungs- und Finanzpolitik: Integration nach unten.

Mit diesen notwendigerweise die Fülle der von Prof. Röpke entwickelten kritischen Gedanken nur unvollständig andeutenden Hinweisen sei auf die unablässigen, unabhängigen Warnungen des weltweiten, einer ökonomisch gesunden Liberalisierung das Wort redenden bedeutenden Nationalökonomien u. Gesellschaftskritikers wenigstens aufmerksam gemacht.

Röpke setzt sich eingehend mit der höchst bedauerlichen Entwicklung auseinander und zitiert Bundesrat Petitpierre aus seiner bemerkenswerten Rede vor dem Nationalrat (12. März 1958) mit der Erklärung, daß die vom Gemeinsamen Markt drohende Diskriminierung der Europäischen Zahlungsunion die Grundlage entzöge. Man könne von einem Lande wie die Schweiz, die gegenüber dem Sextett des Gemeinsamen Marktes eine stark passive Handelsbilanz in die Waagschale werfen könne, nicht erwarten, daß sie weiterhin durch ihre Goldzahlungen die Währungspolster von Ländern auffülle, die die Einfuhr aus der Schweiz diskriminieren, während sie selber weiterhin alle Erleichterungen genießen, welche die Schweiz der Einfuhr aus andern Ländern gewährt. Auf diesem Standpunkt stehen auch Großbritannien und Oesterreich.

Kommt die Freihandelszone — so schließt Röpke — nicht rechtzeitig zustande, so wäre es besser, den mit der sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegangenen Weg als Irrweg anzuerkennen und zum früheren Zu-

stand zurückzukehren, um auf dem Weg der OECE die Integration Europas um so energischer voranzutreiben. Ein solcher mit dem Bekenntnis eines Irrtums verbundener Verzicht müßte gerade im Namen Europas und seiner Einheit gefordert werden, als dessen eifrigste Förderer sich uns die Architekten des Gemeinsamen Marktes vorgestellt haben. Vorderhand heiße das nichts anderes, als alle Anstrengungen auf die Sicherung der Ergänzung durch die Freihandelszone zu richten.

Die Studie des wahrhaft europäisch denkenden Genfer Professors deckt die außerordentlichen Schwierigkeiten des Experimentes mit dem Gemeinsamen Markt schonungslos auf, damit aber auch die Kluft, die zwischen den Prinzipien des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone klafft, zwischen der Konzeption einer auf Weltoffenheit und Freiheit von internationaler Planwirtschaft beruhenden Gebietsgemeinschaft. Es ist diese letzte Konzeption, die die außerhalb des Sextetts stehenden Länder aus zwingenden wirtschaftlichen, geistigen und politischen Gründen veranlaßt hat, sich nicht an diesem Blockgebilde zu beteiligen und sie auch in Zukunft daran hindert. Gesetzt der günstigste Fall, es gelänge die Schweißung von Gemeinsamen Markt und Freihandelszone zu einem weltoffenen Freihandelsraum, der wirklich den Namen einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verdiente, so blieben immer noch ungelöste Probleme wie das monetäre Gleichgewicht und der Ausgleich der Zahlungsbilanzen.

### Der Agrarmarkt-Schlüssel zur Freihandelszone

Maßgebende Wirtschaftspolitiker haben seit geraumer Zeit keine Zweifel darüber gelassen, daß auf dem Wege zu einem größeren Europa die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in ihrer bewußten und unvermeidlichen Begrenzung ein Anfang, aber keine Endlösung ist.

Der nächste Schritt ist die Verwirklichung der Freihandelszone, die in ihrer größtmöglichen räumlichen Ausdehnung etwa die dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) angehörenden 16 Länder des freien Europa umfassen würde. Daß diese Freihandelszone bisher nicht zustande gekommen ist, liegt zum wesentlichen Teil an den Schwierigkeiten, die der Einbeziehung der Landwirtschaft oder des Agrarhandels entgegenstehen.

Theoretisch wäre es denkbar, daß bei der Beseitigung von Handelsbeschränkungen die Agrarprodukte ausgeschlossen bleiben. Eine solche Regelung würde allerdings einen Torso darstellen. Sie würde wahrscheinlich auch an dem Widerspruch jener Länder scheitern, für die die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen dieselbe oder vielleicht eine noch größere Bedeutung hat, wie für die Industrieländer der Export von gewerblichen Erzeugnissen. Mithin muß man, wenn man das Ziel der Freihandelszone weiter verfolgen will, eine Lösung suchen, die es ermöglicht, den Handel mit Nahrungsgütern in die Freihandelszone einzuschließen, gleichzeitig aber der Landwirtschaft, entsprechend ihren besonders gelagerten Produktionsbedingungen, ein ähnliches Maß von Schutzbestimmungen und Ausnahmeregelungen zu gewähren, wie sie in dem EWG-Vertrag enthalten sind.

Eine solche Lösung braucht für unsere Landwirtschaft durchaus nicht eine Vermehrung der Sorgen zu bedeuten, mit der sie der schrittweisen Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes entgegenseht. Würde man die mutmaßlichen Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf den landwirtschaftlichen Bereich rein nach dem Buchstaben der Verträge, also statisch betrachten, so ergibt sich aus der einfachen Addition der derzeitigen Nahrungsmittelherzeugung und des derzeitigen Nahrungsmittelverbrauchs in den sechs Ländern, daß auf fast allen Gebieten die Erzeugung den Bedarf deckt, auf wichtigen Gebieten überschreitet. Würde man also, wiederum in einer mechanischen Betrachtungsweise, davon ausge-

## Tribüne DER FREIEN MEINUNG

### Etwas viel Mais!

Wer die Veröffentlichung des Landtagsprotokolls über die öffentliche Landtagssitzung vom 24. Juli 1958 ebenfalls verfolgte, der wird mir beipflichten, daß der Landtag in Sachen Hybriden- und Rheintalermais ziemlich weitschweifig war, wenn man das Ausmaß der Debatte mit anderen Punkten der Tagesordnung vergleicht. Irgendwie schienen die meisten Abgeordneten beim «Mais» zu Hause, denn zum Beispiel die Vertreter der Landwirtschaft im Landtag wurden glatt dominiert. Mit dem Problem selbst hat sich der Landtag wie gesagt ausreichend beschäftigt und wir wollen hoffen, daß die gesetzliche Regelung die richtigen Voraussetzungen für den Schutz des Speisemais schafft. Immerhin wollte ich die Gelegenheit benützen, um darauf hinzuweisen, wie sorgfältig der Landtag diese Sache behandelte. Beim Haar hätte sich der Landtag auf Grund des Vorschlages eines Abgeordneten noch ein zweites Mal mit der Maisangelegenheit beschäftigen müssen. Jedenfalls wurde der Bericht der Landwirtschaftsexperten so gründlich zerzaust, daß man beim Lesen des Protokolls fast den Eindruck bekommen mußte, daß es im Landtag punkto Landwirtschaft nicht einen einzigen Laien gibt. Das kann für die Landwirte nur von Vorteil sein und gerechterweise wollen wir doch feststellen, daß der Landtag für die Nöte der Bauernschaft schon immer weitgehendes Verständnis hatte und in diesem Sinne dürfen wir sicher auch dem Landtag unsere Anerkennung zollen.

Ein Landwirt.

hen, daß bis zur Deckung des Bedarfs die gesamte Agrarerzeugung aller beteiligten Länder, in einem Bilanzvergleich unter den sechs Ländern, im EWG-Bereich verbliebe, so würde kaum noch Raum bleiben für eine weitere Produktionssteigerung. Eine solche Entwicklung ist zwar höchst unwahrscheinlich, weil beispielsweise Italien nicht darauf verzichten wird, seine Frühkartoffeln wie bisher auch an Länder außerhalb der EWG zu liefern. Aber auch davon abgesehen, würde die Gegenüberstellung von Erzeugung und Bedarf im Bereich der Freihandelszone ergeben, daß mehr als innerhalb der EWG noch Bedarfsrüfen offenbleiben.

## Fürstentum Liechtenstein

### Vaduz. Ein Feriengast vermißt

Seit Sonntag, den 24. August 1958, vormittags ca. 9.30 Uhr, wird ein englischer Kurgast vermißt, der das Waldhotel zum genannten Zeitpunkt verließ und seither nicht mehr zurückkehrte. Die Suche nach dem Vermissten wurde am Sonntagmittag aufgenommen, an welcher sich ein Detachement unserer Polizei und zahlreiche freiwillige Helfer des liechtensteinischen Bergrettungsdienstes beteiligten.

Laut Mitteilung der zuständigen Dienststellen verliefen die Suchaktionen bisher leider ergebnislos. — Beim Vermissten handelt es sich um einen jungen Engländer, 20 Jahre alt, ca. 1.85 m groß, braune Haare; Kleidung: grüne Hose, weißgrünes gestreiftes Hemd, ohne Kittel, braunes Schuhwerk, ohne Kopfbedeckung.

Wir ersuchen die Bevölkerung um sofortige Mitteilung an das F. L. Sicherheitskorps, sofern irgendwelche Wahrnehmungen gemacht wurden oder werden.

### Ausstellung Anton Ender in Solothurn.

Vom 30. August bis 8. September 1958 findet in Solothurn unter dem Patronat der Liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern eine Ausstellung unseres heimischen Künstlers Anton En-